



Ein Militärhelikopter während «Zapad 2013»: Alle vier Jahre hält die russische Armee die Übung, die ins Deutsche übersetzt «Westen» heisst, ab – und verunsichert damit die Nachbarstaaten und die Nato. REUTERS

Russland probt den Ernstfall

«Zapad» Heute beginnt die russische Armee ihr alle vier Jahre stattfindendes Grossmanöver «Westen». Vor allem im Baltikum wächst die Sorge, dass Moskau unter diesem Deckmantel Schlimmeres plant. Es wäre nicht das erste Mal

VON ULRICH KÜHN

«Destabilisierend» nannte US-Verteidigungsminister Mattis jüngst das heute beginnende russische Grossmanöver Zapad 2017. «Zapad» steht im Russischen für «Westen» und gibt somit bereits die Stossrichtung der alle vier Jahre stattfindenden militärischen Übung wieder. Obwohl das russische Verteidigungsministerium die Übung als «extrem defensiv orientiert» bezeichnet, geben Umfang und Szenario doch Grund für Bedenken.

Genau genommen handelt es sich bei «Zapad» nicht um ein einziges Manöver, sondern um eine ganze Reihe von ineinandergreifenden Übungen über mehrere Monate. Dabei wird nicht nur die Mobilmachung und Verlegbarkeit vom Ural bis zur Ostsee geübt, sondern auch zentrale zivile Einrichtungen – wie Banken und Lebensmittelproduzenten – eingebunden. Nato-Experten schätzen, dass über 100 000 Soldaten und Zivilisten an dem Manöver beteiligt sind. Auf den Punkt gebracht: Russland probt den Ernstfall.

Aufseiten der Nato löst «Zapad» Besorgnis aus. Besonders die kleineren und militärisch schwach aufgestellten Bündnismitglieder, wie die drei baltischen Staaten, befürchten russische Provokationen rund um das Manöver. Dies ist nicht unbegründet.

Der Schwerpunkt der Übung findet rund ums Baltikum statt. Von Sankt Petersburg, über Weissrussland – das an «Zapad» offi-

ziell ebenfalls beteiligt ist – bis zur russischen Exklave Kaliningrad testet Moskau die Bereitschaft der Truppen. Bei der letzten Zapad-Übung im Jahr 2013 sah das Szenario den Angriff einer illegal bewaffneten Einheit auf Russland mit anschliessender Zurückschlagung und Eroberung feindlichen Territoriums vor. Laut westlichen Militäranalysten handelte es sich dabei um die baltischen Staaten. Vier Jahre zuvor simulierte Moskau zum Abschluss des Manövers einen Nuklearschlag gegen Polen.

Krim-Invasion als Warnung

So bedenklich diese Szenarien an sich bereits sind, seit dem Einmarsch Russlands auf der Krim 2014 haben sie einen realen Bedrohungshintergrund. Konkret fürchtet die Nato, dass russische Spezialeinheiten unter dem Deckmantel von «Zapad» die Einsatzbereitschaft der baltischen Verbände mittels plötzlicher Truppenbewegungen testen könnten. Missverständnisse oder hektische Überreaktionen liessen sich dabei nicht ausschliessen. «Ungewollte Eskalation» nennen Militärspezialisten dieses gefährliche Phänomen, welches schon während des Kalten Kriegs den Strategen beider Seiten schlaflose Nächte bereitete.

Eine weitere Befürchtung ist, dass Moskau nach dem Ende des Manövers einen Teil seiner Truppen in Weissrussland belässt. Damit würde sich nicht nur die politische Bewegungsfreiheit des Moskauer-truen Lukaschenko-Regimes weiter verringern,

100 000

Soldaten und Zivilisten nehmen am Grossmanöver Zapad 2017 teil. Die Militärübung beginnt am heutigen Donnerstag und dauert insgesamt mehrere Monate.

sondern auch der militärische Druck auf den Nato-Nachbarn Polen erhöhen.

Bedingt einsatzbereit

In Brüssel, Washington und vielen osteuropäischen Nato-Staaten denkt man deshalb laut über mögliche militärische Gegenmassnahmen nach. Bereits im vergangenen Jahr testete die Allianz erstmals die Einsatzbereitschaft von bis zu 30 000 Mann bei einem Grossmanöver in Polen. Die Ergebnisse waren teils beunruhigend.

Im Gegensatz zu Russland hat die Allianz deutliche Probleme bei der schnellen Mobilisierung und Verlegbarkeit seiner Truppen. Was im Kalten Krieg zwangsläufig eine Selbstverständlichkeit war, scheidet heute teilweise schon daran, dass einige der neuen Bündnismitglieder über nicht ausreichend belastungsfähige Strassen und Schienen verfügen. Im Ernstfall hätte die Nato erhebliche Schwierigkeiten, zeitnah und mit ausreichender Truppenstärke auf eine mögliche Provokation Russlands zu reagieren.

Doch abseits der militärischen Planspiele versuchen andere Nato-Staaten, wie beispielsweise Deutschland, auch wieder den Sicherheitsdialog mit Russland zu suchen. Dabei kommt gerade der Schweiz eine prominente Rolle zu, da Bern dieses Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) innehat. Unter dem etwas sperrigen Begriff des «strukturierten Dialogs»

versuchen die 57 Mitgliedsstaaten, die deutlich angestaubten Abkommen zur gemeinsamen Rüstungskontrolle und militärischen Transparenz wiederzubeleben. Wenig überraschend zeigt sich gerade Russland, auf dessen Initiative die Gründung der Organisation im Kalten Krieg zurückgeht, als wenig kooperativ.

Jüngst mahnte deshalb der deutsche Aussenminister Sigmar Gabriel bei einer Sicherheitskonferenz in Berlin russisches Entgegenkommen an. So sollte sich Moskau gerade in der Frage der gegenseitigen Bedrohungsperzeptionen auf den Westen zubewegen. Konkret hiesse dies: Einhaltung bestehender Rüstungskontrollverträge, ausreichende Information und Inspektion militärischer Manöver und eine Abkehr von den provokativen und höchst riskanten Flugmanövern russischer Piloten über der Ostsee.

Doch im Kreml stehen die Zeichen nicht auf Entspannung. Sollte sich die Nato-Befürchtung von zusätzlichen russischen Truppen in Weissrussland nach dem Ende von «Zapad» bewahrheiten, würden die Rufe nach weiteren Nato-Verbänden in Osteuropa nur noch lauter werden. Die Unsicherheitspirale dreht sich weiter.



Dr. Ulrich Kühn forscht am Carnegie Endowment for International Peace, Washington.

«Werden unsere Staatsgrenzen selbst ziehen»

Kurdenstaat Vor dem geplanten Unabhängigkeitsreferendum gehen die Regierungen in Bagdad und Arbil auf Konfrontationskurs.

VON MICHAEL WRASE, LIMASSOL

Es klang wie eine Kriegserklärung. Sollte die Regierung in Bagdad das Unabhängigkeitsreferendum nicht akzeptieren und Verhandlungen ablehnen, dann werde man die «Grenzen des künftigen Kurdenstaates selber zie-

hen», hatte Massoud Barzani, der Präsident der kurdischen Regionalverwaltung im Nord-Irak (KRG), in einem Gespräch mit der BBC gedroht. Die Antwort liess nicht lange auf sich warten. In einer Sondersitzung lehnte das irakische Parlament am Dienstag die für den 25. September geplante Volksabstimmung der Kurden mit grosser Mehrheit ab – und ging noch einen Schritt weiter.

In einer Resolution beauftragten die Volksvertreter die Bagdader Zentralregierung, «alle notwendigen Massnahmen zur Bewahrung der Einheit des Landes zu ergreifen». Das könnten

auch militärische Schritte sein, falls Barzani seinen vollmundigen Absichtserklärungen wirklich Taten folgen lässt.

Türkei sieht grosse Bedrohung

Der irakische Kurdenführer weiss, dass er im Ringen um Kurdistan nur wenige Verbündete hat. Lediglich Israel – und neuerdings auch Saudi-Arabien – hat sich ohne Vorbehalte für einen unabhängigen Kurdenstaat ausgesprochen. Der amerikanische Verteidigungsminister James Mattis bat im persönlichen Gespräch mit Barzani um eine Aufschiebung des Referendums. Die Türkei betrachtet die Unabhängig-

keitsbestrebungen der syrischen und irakischen Kurden inzwischen als die «grösste Bedrohung unserer Geschichte», so der Erdogan-Berater Ibrahim Karagül in einem Beitrag für die Regierungszeitung Yeni Safak.

Die Sichtweise Ankaras wird auch in Damaskus und Teheran geteilt. Iranische Generäle reisten vor kurzem in die Türkei, um die militärische Kooperation mit dem Nachbarstaat zu intensivieren. Um wirtschaftlich überleben zu können, wäre ein unabhängiges Kurdistan nicht nur auf das Wohlwollen, sondern die aktive Kooperation mit der Türkei und dem Iran angewiesen. Eine Wirtschafts-

blockade hätte den sofortigen Kollaps des kurdischen Binnen-Staates zur Folge.

Angesichts derart schlechter Voraussetzungen mag es erstaunen, dass Barzani in diesen Tagen auftrumpft, als befände er sich in einer Position der politischen und militärischen Stärke. Natürlich weiss der Kurdenchef, dass eine eigenmächtige Ziehung der Grenzen zum Krieg mit dem irakischen Zentralstaat führen würde. Auch die Türkei will «nicht untätig bleiben», falls die Regierung im kurdischen Arbil die auch von Türken und Arabern beanspruchte Öl-Region um Kirkuk in einen unabhängigen Kurdenstaat eingliedern würde.